

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	13
I. Ausbürgern und Verbannen	13
II. Aktuelle Gesetzgebung in Europa: die „Rückkehr der Verbannung“?	16
III. Ziel und Gang der Untersuchung	22
B. Grundlegendes zur Staatsangehörigkeit im (Völker-)Recht	26
I. Staatsangehörigkeit im aktuellen Rechtsverständnis	26
1. Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft	26
a) Staatsangehörigkeit	28
b) Staatsbürgerschaft	29
c) Sprachliche Unterschiede und weitere Charakteristika	31
2. Die Loslösung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten vom Status der Staatsangehörigkeit	32
a) Aufenthaltsrecht	34
b) Sozialstaatliche Unterstützung	35
c) Recht auf wirtschaftliche Betätigung und Zugang zu öffentlichen Ämtern	36
d) Wahlrecht	37
e) Staatsbürgerliche Pflichten und IPR	37
f) Fazit	38
II. Die (traditionelle) Rolle der Staatsangehörigkeit im Völkerrecht	40
1. Der StIGH im Fall „Nationality Decrees Issued in Tunis and Morocco“	41
2. Das Haager Abkommen 1930	42
3. Der IGH im Fall „Nottebohm“	43
4. Der Wandel der Rolle der Staatsangehörigkeit im Völkerrecht	45
C. Staatsangehörigkeitsverlust in den EMRK-Staaten	47
I. Systematisierung der staatsangehörigkeitsrechtlichen Verlustnormen in den EMRK-Mitgliedstaaten	48
1. Kategorisierung anhand der Art. 7 und 8 EÜStA	48
2. „Entziehung“ und „Verlust“ der Staatsangehörigkeit: Begrifflichkeiten und prozedurale Mechanismen	50
II. Freiwillige Aufgabe auf Veranlassung der Betroffenen	52
III. Unfreiwilliger Verlust auf Veranlassung des Staates	54
1. (Freiwilliger) Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit	55
2. Staatsangehörigkeitserwerb durch falsche Angaben u.ä.	56

3. Freiwilliger Dienst in ausländischen Streitkräften bzw. anderen öffentlichen Diensten eines fremden Staates	58
4. Verhalten entgegen den wesentlichen Interessen, gegen die nationale Sicherheit, Illoyalität	60
a) Verlust der Staatsangehörigkeit infolge terroristischer Aktivitäten	61
b) Andere Fälle illoyalen oder die nationale Sicherheit gefährdenden Verhaltens	63
5. Fehlen einer echten Bindung zwischen dem Vertragsstaat und einem Staatsangehörigen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland	66
a) Unterfall 1: Rückgängigmachen der Einbürgerung	68
b) Unterfall 2: Verhinderung der Generationenübertragung	69
c) Unterfall 3: Allgemeingültiger Schutz des genuine link	70
d) Weitere Kriterien	71
6. Verlust der Staatsangehörigkeit im Zusammenhang mit familiären Veränderungen	72
IV. Fazit	77
D. Grenzen für Staatsangehörigkeitsverlust auf globaler und außereuropäischer regionaler Ebene	78
I. Rechtsquellen auf globaler Ebene	78
1. Art. 15 AEMR	79
a) Die Entstehung des „Menschenrechts auf Staatsangehörigkeit“	79
b) Rechtlicher Inhalt des Art. 15 AEMR	83
c) Rechtsnatur des Art. 15 AEMR	87
2. Art. 12 Abs. 4 IPbpR	89
a) Persönlicher Schutzbereich	91
aa) Enge Auslegung des Schutzbereichs im Fall „Stewart gegen Kanada“	91
bb) Aktuelle, weite Auslegung des Schutzbereichs	93
cc) Staatsangehörigkeitsverlust unter Art. 12 Abs. 4 IPbpR	94
b) Sachlicher Schutzbereich	95
c) Schranke	96
d) Fazit	97
3. Sonstige Verträge auf globaler Ebene	98
II. Außereuropäische regionale Rechtsquellen zum Staatsangehörigkeitsverlust ...	99
E. Europäische Rechtsquellen zum Staatsangehörigkeitsverlust	101
I. Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit	101
II. Unionsrecht: die Verhältnismäßigkeitsprüfung nach „Rottmann“ und „Tjebbes“	106
III. Europäische Menschenrechtskonvention	108
1. Art. 3 Abs. 2 ZP 4 EMRK	109
a) Sachlicher Schutzbereich	110
b) Persönlicher Schutzbereich	115

c) Staatsangehörigkeitsentzug zum Zweck der Ausweisung bzw. zur Verhinderung der Einreise	118
aa) Gesetzgebung in Deutschland: § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG	120
bb) Gesetzgebung in Dänemark: § 8 B Lov om Dansk Infødsret	124
cc) Ausbürgerungspraxis im Vereinigten Königreich auf Basis des Art. 40 BNA	126
dd) Fazit	130
d) Fazit und Verhältnis zu anderen Konventionsrechten	131
2. Art. 8 EMRK	132
a) Allgemeine Dogmatik des Art. 8 EMRK	132
aa) Schutzbereich	133
(1) „right to respect for“	133
(2) Schutzbereichsausprägungen	134
(a) Privatleben	135
(b) Familienleben	137
(c) Wohnung	138
bb) Eingriff und Rechtfertigung	138
(1) Gesetzliche Grundlage	139
(2) Legitimes Ziel	141
(3) Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft	141
cc) Fazit	142
b) Rechtsprechung des EGMR in Staatsangehörigkeitsfragen	143
aa) Staatsangehörigkeit im Geltungsbereich der Konvention?	143
(1) „Familie K. und W. gegen die Niederlande“ (1985)	144
(2) „Karassev gegen Finnland“ (1999)	145
(3) „Genovese gegen Malta“ (2011)	147
(4) „Ramadan gegen Malta“ (2016)	149
bb) Etablierung einer Dogmatik in Staatsangehörigkeitsfällen?	151
(1) Die „etablierte“ Dogmatik in der Rechtsprechung des EGMR ...	152
(2) Vergleich mit der allgemeinen Dogmatik des Art. 8 EMRK	154
cc) Die Rolle der „Identität“ in der staatsangehörigkeitsrechtlichen Rechtsprechung	157
(1) Betrachtung sozialer Integration und Verbindung zum Staat in der staatsangehörigkeitsrechtlichen Rechtsprechung	157
(2) Rechtsprechung zur Staatsangehörigkeit als Teil der „Identität“	160
F. Identität	164
I. „Teilbereiche“ der individuellen Identität	166
1. Personale Identität	167
2. Soziale Identität	169
3. Verhältnis der Teilidentitäten	171

4. Fazit	173
II. Theorie der sozialen Identität und Gruppendynamik	174
1. Theorie des realistischen Konflikts: das „Robbers Cave“-Experiment	175
2. Paradigma der minimalen Gruppe	176
3. Theorie der sozialen Identität und Selbstkategorisierungstheorie: der „Social Identity Approach“	177
III. Das Bedürfnis nach Zugehörigkeit: Folgen des Ausschlusses aus Gruppen	179
IV. Berücksichtigung kultureller Unterschiede in der Identitätsforschung	182
V. Nationale Identität und Staatsangehörigkeit	184
1. Nationale Identität als Teil der Identitätstheorie	185
2. Empirische Untersuchung: „ISSP National Identity“	189
a) Bedeutung der nationalen Identität im Vergleich zu anderen Teilaspekten sozialer Identität	190
b) Bedeutung der formellen Staatsangehörigkeit	192
c) Fazit	194
G. Staatsangehörigkeit als Teil des Privatlebens: Auslegung der EMRK-Bestimmungen	195
I. Kritik an der Herangehensweise des EGMR	195
II. Auslegung der EMRK-Bestimmungen (insbesondere Art. 8 EMRK)	197
1. Historische Auslegung: entgegenstehender Staatenwille?	200
2. Völkerrechtlicher Kontext: Zeichen eines „emerging consensus“	207
a) Für alle EMRK-Vertragsstaaten gültiges Völkerrecht	208
b) Generelles völkerrechtliches Regelungsumfeld	210
c) Fazit und weitere Indizien für einen „emerging consensus“	211
3. Wortlautauslegung: „Soziale Identität“ als tauglicher Anknüpfungspunkt für evolutive Auslegung?	213
4. Systematik und Teleologie: Verhältnis zu Art. 3 ZP 4 EMRK und Versuch einer harmonischen Gesamtauslegung	217
5. Vorteile der dargestellten Auslegung und rechtspolitische Erwägungen	219
H. Zusammenfassende Thesen	224
Literaturverzeichnis	230
Stichwortverzeichnis	251